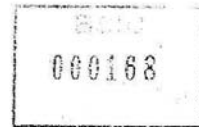


MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
Hauptabteilung XX
Leiter

Berlin, 16. September 1988
Tgb.-Nr. XX/AKG/
schm-me /88



Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit

Ergänzende Hinweise und Aufgabenstellungen zu geplanten feindlich-negativen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Jahrestagung des "Internationalen Währungsfonds" (IWF) und der Weltbank vom 27. bis 29. 9. 1988 in Berlin (West)

Im Auftrag des Stellvertreters des Ministers, Genossen Generaloberst Mittig, erhalten Sie in Ergänzung des Schreibens an die Leiter der Dienstseinheiten vom 12.8.1988, VVS 0008-55/88, nachstehende Hinweise und Orientierungen.

Seit dem 14. 9. 1988 wird in westlichen Medien und Presseorganen die als Anlage 1 beigefügte "Presseerklärung" publiziert.

Diese "Presseerklärung" und eine "Vollversammlung" der "Arbeitsgruppe Weltwirtschaft" in der Kirchgemeinde Berlin-Friedrichsfelde am 11. 9. 1988, an der auch einzelne Teilnehmer aus verschiedenen Bezirken der DDR teilnahmen (soweit zutreffend siehe Anlage 3) bestätigen, daß operativ bekannte Untergrundkräfte an ihrem Vorhaben festhalten, durch eine "Aktionswoche" vom 23. bis 30. 9. 1988 analog zu den Anti-IWF-Aktionen in Berlin (West) in der Hauptstadt der DDR in Erscheinung zu treten.

Durch die Organisatoren ist geplant, mittels Vervielfältigung und Vorbereitung von ca. 2 000 Programmen und ca. 70 Plakaten ihre Absichten weiter zu popularisieren.

000169

2

Der aktuelle Erkenntnisstand zu den in Berlin (West) und in der DDR geplanten Aktivitäten ist in der vom ZOS des MfS erarbeiteten, als Anlage 2 beigefügten Übersicht zusammengefaßt.

Ergänzend zu den im Schreiben vom 12. 8. 1988 (VVS o008-55/88) angewiesenen Maßnahmen sind folgende Aufgaben zu realisieren:

- Reisen solcher Personen, die im begründeten Verdacht stehen, politische Provokationen in der Hauptstadt der DDR durchzuführen, vor allem aus Regionalgruppen der "Kirche von unten" und ähnlichen Gruppierungen, sind im Zeitraum der "Aktionswoche" vorbeugend zu verhindern.
- Unter Beachtung der Orientierungen des Schreibens vom 1. 9. 1988, VVS o008-62/88, ist in analoger Weise bei Übersiedlungersuchenden zu verfahren, die politisch-provozierend aus gleichem Anlaß in der Hauptstadt der DDR auftreten wollen.
- Mit den für die als Unterzeichner der o. g. "Presseerklärung" aufgeführten Gruppen zuständigen kirchlichen Amtsträgern sind durch die Bereiche Inneres der örtlichen Räte Gespräche zu führen, in denen diese aufzufordern sind, sich von den verleumderischen und irreführenden, die DDR und anderen sozialistischen Länder betreffenden Inhalten dieser "Presseerklärung" zu distanzieren und disziplinierend auf die jeweiligen Gruppen einzuwirken. Über die Ergebnisse dieser Gespräche ist der Leiter der HA XX zu informieren.
- Personen aus Berlin (West), der BRD und andere ausländische Bürger, die beabsichtigen, in die Hauptstadt der DDR einzureisen, um sich an politischen Provokationen im Rahmen der "Aktionswoche" zu beteiligen, sind in der Zeit vom 22. 9. bis 1. 10. 1988 zeitweilig in Einreisesperre zu stellen. Die Personalien dieser Personen sind der AKG der HA XX zu übermitteln. Die beabsichtigte zeitweilige Sperre der Einreise von politisch-bedeutsamen Personen ist mit dem Leiter der HA XX abzustimmen.

Anlagen

Kienberg
Generalmajor

PRESSEERKLÄRUNG

000171

oppositioneller Gruppen aus der DDR, der BRD und Westberlin

Im September 1980 findet in Westberlin die Jahrestagung von IWF und Weltbank statt. Bürgerinnen und Gruppen aus beiden Teilen Berlins, aus beiden deutschen Staaten haben sich auf ihre Weise darauf vorbereitet. Zu ihnen gehören die Unterzeichnerinnen dieser Erklärung, die damit öffentlich machen wollen, daß sie sich trotz differenzierter Auffassungen innerhalb und zwischen den Gruppen in folgendem einig sind:

1. Die Ende September 1980 in West und Ost stattfindende Aktionswoche richtet sich
 - gegen IWF, Weltbank und Geschäftsbanken sowie ihre mörderischen Praktiken bei der Ausplünderung der Völker in allen Teilen der Welt
 - gegen die Aufrechterhaltung einer Weltwirtschaftsordnung, die gewährleistet, daß ein Teil der Weltbevölkerung auf Kosten anderer lebt.
2. Wir wenden uns gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem, dessen Gesetzmäßigkeiten und die sich aus diesem ableitende Institutionen, die die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung bestimmen.
Dieses System beruht auf Ausbeutung und verschärft daher die Gegensätze von arm und reich.
Wir wenden uns auch gegen Strukturen in Ländern des realen Sozialismus, die die Völker dieses Teils der Welt den Wirkungen und Folgen der kapitalistischen Weltwirtschaft aussetzen und die Entwicklung alternativer internationaler ökonomischer Beziehungen verhindern.
3. Wir haben gemeinsame Interessen, aber wir sind uns sehr wohl der Tatsache bewußt, daß deren Realisierung in Ost und West uns vor ganz unterschiedliche Aufgaben stellt.
4. Wir wenden uns entschieden gegen jeden Versuch, unsere Kritik am jeweiligen eigenen System in eine Befürwortung des anderen Systems zu verfälschen.

Berlin im September 1980

Unterzeichnende Gruppen aus
DDR

- AG Weltwirtschaft
- Gegenstimmen
- Nicaragua AG 17. Juli
- Ökokreis Finsterwalde

- Gruppe Demokratische Sozialisten
- Kirche von unten (Berliner Gruppe)
- DDR-weite Vollversammlung der Kirche von unten
- Friedenskreis Friedrichsfelde
- Mitglieder der Initiative für Frieden und Menschenrechte
- Terra unida, Potsdam
- Friedenskreis Weißensee

BRD und Westberlin

- Anti-IWF-Gruppe Neukölln Westberlin
- Städtteilladen Lunte Westberlin
- Büro für ungewöhnliche Maßnahmen
- AStA der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS), Westberlin
- StuPa der FHSS

- Antifaschistische Hochschulgruppe der FHSS
- Infoladen 3. Welt Thomasstraße, Westberlin
- Bildungs- und Aktions-Zentrum Dritte Welt e. V. Westberlin
- Internationalismusreferat der FU Berlin

- Netzwerk Selbsthilfe e. V.
- Alternative Liste Berlin
- Grasswurzelgruppe Berlin
- Martin-Niemöller-Haus, Westberlin
- Die GRÜNEN
- Die GRÜNEN im Bundestag
- Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen

000172